

Verlängerung der Grundformation des Krankenpflegers darf nicht zu Lasten der Auszubildenden gehen

Anpassungen sind ohne vorherige Befragung der Betroffenen ausgearbeitet worden

LW
15.6.01

ph - Bereits Ende der achtziger standen die Profile der verschiedenen Berufssparten im Gesundheitswesen zur Diskussion, und das Thema hat auch dieser Tage nichts an Brisanz verloren.

Dies wurde auch gestern Nachmittag auf einer Pressekonferenz in Walferdingen deutlich, zu der die Vertreter von verschiedenen, auf dem Gebiet der Gesundheit tätigen, Arbeitsgruppen eingeladen hatten. Sie bezeichnen die vom Ministerium für Nationale Erziehung, Berufsausbildung und Sport in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium ausgearbeiteten „Ajustements“ als nicht annehmbar.

Aufgezwungene Reformvorschläge

Jean-Paul Bleser von der „Association nationale des infirmier(es) luxembourgeois“ unterstrich bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit, die Ausbildung der Schüler(-innen) zu überdenken und überar-

beiten. Die Öffnung des Dossiers sei wohl ein positives Zeichen gewesen, doch dürften die Verantwortlichen dabei die Betroffenen nicht einfach übergehen. Änderungen könnten den Ausbildern, den Auszubildenden, aber auch den Menschen, die sich auf die Pflege im Krankheitsfall stützen, nicht aufgezwungen werden. Insbesondere dann nicht, wenn sie auf Kosten der so oft diskutierten Qualität im Gesundheitswesen gingen.

Praxis und Theorie vertiefen

Wenn auch der politische Wille nicht vorhanden sei, um einen „Bac“-Abschluss als Einstiegskriterium in die Gesundheitsberufe festzulegen, so wäre es dringend notwendig, bemerkte Maly Goedert von der „Association luxembourgeoise des enseignants pour professions de santé“ (Aleps), die Basisformation um ein Jahr auf insgesamt vier Jahre zu verlängern. Die von den Ministerien vorgeschlagenen 1 000 zusätzlichen Stunden sollten aber nur auf die drei bereits

bestehenden Ausbildungsjahre verteilt werden und erreichten trotzdem nicht die laut der EU-Direktive 77/453/CEE angegebenen 4 600 Ausbildungsstunden für Krankenpfleger.

Eine solche Politik führe zu einer 38-Stunden-Woche für Schüler, die das überladene Pensum nicht mehr schaffen könnten. In der Krankenpflege reiche es nicht, gute Arbeit zu leisten, man müsse auch Abstand vom Alltag gewinnen, um über Erfahrungen nachzudenken, sie zu verarbeiten, argumentierte die Rednerin, dessen Bemerkung auch von der „Schülerdelegation Lëtzebuerg Sektiooun LTPS“ unterstützt wurde. Die Auszubildenden sollten auch keine Praktika während der Ferienzeiten machen, um somit der Gefahr zu entgehen, als billige Arbeitskräfte bei Personal-mangel eingesetzt zu werden, was dem Schüler-Statut nicht mehr entspreche. Darüber hinaus sei eine adäquate pädagogische Betreuung während dieser Zeit nicht möglich.

Den verschiedenen Fachrichtungen in den so genannten „professions de santé“ müsse ebenfalls Rechnung getragen werden, denn Kompetenzen seien nicht innerhalb von zwölf Monaten aufzubauen, hob Maly Goedert hervor. Die augenblickliche Spezialisierungszeit von zwei Jahren dürfe auf keinen Fall gekürzt werden.

Was die Formation der „aide-soignantes“ angehe, erklärte die Sprecherin, so sei man sich wohl bewusst, dass das Minderjährigen-Gesetz respektiert werden müsse. Um jedoch die Qualität dieser Ausbildung weiterhin zu garantieren, sei es notwendig, die Kandidat(-innen) bereits ab dem zweiten Jahr (11^e) abwechselnd an Praxis und Theorie heranzuführen.

Verbesserungen, so war allgemein zu hören, könnten nur in Zusammenarbeit mit den Leuten „op dem Terrain“ erreicht werden, da sie auf persönliche Erfahrung zurückgreifen könnten.